

— CDU-Berechnung für Kommunalsoli 2014 —

Für den Kreis wird es noch teurer

Kreis Gütersloh (mn). Nach einer Berechnung der CDU-Landtagsfraktion müssen im nächsten Jahr 11 der 13 Kommunen aus dem Kreis Gütersloh und damit zwei mehr als derzeit eine Solidarumlage für finanzschwache Städte und Gemeinden im Land zahlen. Insgesamt sollen einer Mitteilung des heimischen CDU-Landtagsabgeordneten André Kuper (Bild) zufolge 13 Millionen Euro aus dem Kreis überwiesen werden – 1,8 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr.

Auch Werther (52 272 Euro) und Borgholzhausen (331 483 Euro) würden nun zur Kasse gebeten. Nur Gütersloh und Versmold blieben weiter vom Kommunalsoli verschont, erklärte Kuper. Der Rietberger, stellvertretender Vorsitzender der Landtagsfraktion, und der kommunalpolitische Fraktionssprecher Ralf Nettelstroth präsentierten ihre Simulationsrechnung am Mittwoch in Düsseldorf. Das Ministerium für Inneres und Kommunales reagierte prompt. Bei den von

der CDU vorgelegten Zahlen handle es sich um eigene Berechnungen der Fraktion. Das Land selbst bereite derzeit die nötigen Steuerkraftdaten der Kommunen auf. Das Ministerium werde seine Modellrechnung voraussichtlich Ende August vorlegen, hieß es.



Solange hatte die CDU-Landtagsfraktion nicht warten wollen und auch aufgrund von Anfragen aus der kommunalen Familie eigene Analysen angestellt. Im vorigen Jahr sei man ähnlich vorgegangen und habe „mit einer Abweichung von rund acht Prozent relativ nahe an den endgültigen Zahlen gelegen“, so Kuper.

Nach den am Mittwoch vorgelegten Werten kommen 2015 mit Verl und Halle zwei der größten Solizahler (landesweit 78, plus 20 gegenüber 2014) aus dem Kreis Gütersloh. Verl müsse mit 3,96

Millionen Euro (2014: 3,85) einmal mehr den größten Batzen tragen. Besonders düster falle die Prognose für Rheda-Wiedenbrück aus. Statt 559 919 Euro würden 1,63 Millionen Euro fällig. Mehr zahlen sollen der CDU zufolge auch Halle (2,84 Millionen Euro, plus 250 000 Euro) Harsewinkel (1,88 Millionen, plus 219 199 Euro), Langenberg (120 332, plus 20 102 Euro) und Steinhagen (931 811, plus 48 830 Euro). Dagegen sinkt die Umlage für Herzebrock-Clarholz (603 944, minus 169 207 Euro), Rietberg (237 012, minus 9273 Euro) und Schloß Holte-Stukenbrock (458 663, minus 122 993 Euro).

Kupers Fazit der CDU-Zahlen: „Der Kommunalsoli bleibt auch im zweiten Jahr ungerecht, inakzeptabel und zudem bei den Empfängerkommunen auch noch wirkungslos.“ SPD-Innenminister Ralf Jäger verteidigte dagegen die Umlage und forderte erneut die Solidarität der kommunalen Familie ein.